Einwohnerfragestunde in der 34. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07. Dezember 2022

Themenübersicht

Gemäß Anlage 1 - Richtlinie zur Regelung der Einwohnerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung - der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04. März 2021, prüft der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 30. November 2022 die eingereichten Fragen.

Die für die Einwohnerfragestunde eingereichten Fragen betreffen folgende Themen:

- Wann wurde der Klimanotstand in der Landeshauptstadt Potsdam ausgerufen?
- Staudenhof
- Treibhausgas-Budget der Stadt Potsdam
- Beschluss Klimaneutralität
- Autofreie Innenstadt
- Anpassung an den Klimawandel in Potsdam
- Wärmeversorgung unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele
- Umsetzungsstrategie Klimaschutz

Stellungnahmen der Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7. Dezember 2022

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Vorlagen der Verwaltung

7	·	D.
	v	г.

5.1	22/SVV/0879	Abfallgebührensatzung 2023	Ausschuss für Ordnung und Sicherheit Zustimmung 6:0:1
5.2	22/SVV/0906	Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte" - Block III, Änderung eines Verfahrensgrundsatzes aufgrund Eigentümerwechsel Los 8	Bauen, Wirtschaft und Entwicklung
5.3	22/SVV/0914	Fortführung der Zuwendung an den Verein proWissen Potsdam zum	Ausschuss für Finanzen Zustimmung 7:1:0 Hauptausschuss Zustimmung
5.4	22/SVV/1019	Vereinbarung zur Sicherung bezahlba- rer Mieten, Wohnraumversorgung durch Neubau und Klimaschutz bei der ProPotsdam GmbH	Ausschuss für Finanzen Zustimmung 7:0:1 mit folgenden Änderungen im Punkt 2 d und e des Beschlusstextes sowie in der Vereinbarung § 1 (2) d und e:

1. Sicherung bezahlbarer Mieten und Mieterschutz

٠

.

- 2. Wohnungsneubau und Sicherung öffentlicher kritischer Infrastruktur
 - a) ..
 - b) ...
 - c) ...
 - d) Zweckbestimmte Umwidmung der auf der Grundlage des LOI zur Schulentwicklungsplanung gebildeten Rücklagen zur Finanzierung von Flächenankäufen, die prioritär zur Entwicklung von Flächen für die soziale Infrastruktur der LHP verwendet werden; soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.
 - e) Beteiligung der ProPotsdam an den Kosten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur; (z. B. bei der Luftschiffhafen GmbH, der Biosphäre, dem Volkspark) soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist dazu sollen jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.

- f) ... g) ...
- h) ...
- i) ...
- 3. Energieversorgung, Klimaschutz und Klimaanpassung

.

Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2027.

In der Vereinbarung § 1 (2) - Handlungsfeld – Wohnraumversorgung durch Wohnungsbau und zur Sicherung der kritischen Infrastruktur:

- d) Zur Finanzierung Ankaufsflächen werden auf Grundlage eines von Gesellschafterbeschlusses gemäß der LHP die LOI zum Schulentwicklungsprogramm 2013 gebildeten Rücklagen in Höhe von 7,7 Mio. € zweckbestimmt umgewidmet und prioritär für den Ankauf und die Entwicklung von Flächen für die soziale Infrastruktur der LHP verwendet soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist; es sollen dazu jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.
- e) Zugleich beteiligt wird sich die ProPotsdam auch verstärkt an den Kosten der sozialen und öffentlichen Infrastruktur (z. B. bei der Luftschiffhafen GmbH, der Biosphäre, dem Volkspark oder beim Kita-Bau) beteiligen in den Quartieren; soweit die Refinanzierung durch spätere Einnahmen aus dem jeweiligen Einzelprojekt gesichert ist und es sollen dazu jeweils gesonderte Gesellschafterbeschlüsse gefasst werden, die die dann aktuelle wirtschaftliche Lage der Gesellschaft berücksichtigen.

Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion Zustimmung 4:0:4 zur Fassung des Ausschusses für Finanzen

Hauptausschuss

Zustimmung zur Fassung des Ausschusses für Finanzen

5.5 22/SVV/1024 Satzung über die öffentliche Wasser-

versorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Wasserver-sorgungs- und -

abgabensatzung-WVS)

<u>Ausschuss für Ordnung und</u> Sicherheit

Zustimmung 4:0:2

Ausschuss für Finanzen

einstimmige Zustimmung

5.6 22/SVV/1025 Satzung für die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen der

Landeshauptstadt Potsdam (Abwasserbeseitigungs- und -

abgabensatzung-AWS)

fentlichen <u>Ausschuss für Ordnung und</u> n der <u>Sicherheit</u> Potsdam Zustimmung 3:0:3

Ausschuss für Finanzen einstimmige Zustimmung

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen – Anträge der Fraktionen/Ortsbeiräte

TOP:			
6.1	21/SVV/0265	Ortsumgehung OT Groß Glienicke	Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zurückgestellt
6.2	21/SVV/1201	Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche	Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung abgelehnt 3:4:0
			Hauptausschuss zurückgestellt
6.3	22/SVV/0001	Prüfung der Versicherungskosten der Pro Potsdam durch das Rechnungsprüfungsamt	
		+ NF DIE aNDERE vom 27.06.2022	<u>Hauptausschuss</u> abgelehnt
6.4	22/SVV/0361	Gemeinsamer Standort für die Potsdamer Tafel und Suppenküche	Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion Erledigung des Antrags festgestellt
6.5	22/SVV/0363	Stellenschaffung für eine gemeinsame sozialpädagogische Fachkraft für Potsdamer Tafel und Suppenküche	Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion Erledigung des Antrags festgestellt
6.6	22/SVV/0367	Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes Äa CDU vom 03.05.2022

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die bereits beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums und zur Begrenzung des Mietanstiegs in Potsdam wie dem Umwandlungsverbot oder der Sozialerhaltungssatzung durch ein Programm zur beschleunigten Schaffung von zusätzlichem, bezahlbarem Wohnraum zu ergänzen, ihnen in der Verwaltung höchste Priorität einzuräumen und die notwendigen Ressourcen zu erhöhen. Gleichzeitig soll der Anteil städtischen und genossenschaftlichen Wohneigentums wieder erhöht werden.

abgelehnt 2:5:1

Zustimmung 4:2:2 zu folgender

neuen Fassung (entspricht dem

Äa/NF der Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen vom 24.05.2022):

+ Äa CDU vom 03.05.22

24.05.22

+ Äa/NF Bündnis 90/Die Grünen vom

+ Äa Freie Demokraten vom 31.05.22

Gemeinsam mit der ProPotsdam, den Genossenschaften und weiteren Akteuren der Wohnungswirtschaft soll ein zeitnah realisierbares Programm abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden. Darin sollen in Bearbeitung befindliche Potentiale und Projekte dargestellt, der darüberhinausgehende Handlungsbedarf bestimmt und die erforderliche Priorisierung begründet werden.

Damit soll insbesondere die Nachfrage nach Wohnungen mit Benennungs- und Besetzungsrechten durch die Landeshauptstadt Potsdam wieder besser erfüllt werden können aber auch nachhaltig und langfristig nutzbarer Wohnraum für Geflüchtete und andere Bedarfsgruppen geschaffen werden. Ergänzend soll das Programm preisgedämpften Wohnraum für mittlere Einkommen enthalten.

Das Programm entsprechend dem INSEK 2022 soll den Prinzipien des behutsamen Wachstums, d.h. der ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit verpflichtet sein. Daher soll es das gesamte Stadtgebiet in den Blick nehmen, bevorzugt bereits versiegelte Flächen nutzen, die Kulturlandschaften respektieren, ökologische Ressourcen schonen sowie bereits vorhandene oder geplante soziale Infrastruktur (Kita, Schule, ÖPNV etc.) berücksichtigen.

Zu Umsetzung wird der Oberbürgermeister insbesondere beauftragt,

- mit den genannten Partnern im Rahmen des FNP und bereits beschlossener Untersuchungsgebiete für Entwicklungsmaßnahmen kurzfristig geeignete Wohnungs- und Nachverdichtungsbauflächen zu identifizieren, mögliche Zielkonflikte anzuzeigen und der SVV zur Beschlussfassung vorzulegen,
- durch Erhöhung der Ressourcen die zügige Bearbeitung der Genehmigungsverfahren der im Programm priorisierten Bauvorhaben zu gewährleisten,
- im Eigentum der LHP befindliche Grundstücke kostenfrei als Einlage in das Vermögen der ProPotsdam einzubringen, wenn sie kurzfristig im Rahmen des Programms als Wohnungsbaufläche nutzbar sind (außer Klein- und Erholungsgärten),
- Empfehlungen und Konzepte für den flächenoptimierten Neubau für Potsdam anzupassen und – nach gesonderter SVV-Entscheidung – umzusetzen,
- möglichst Bauformen zu nutzen, die eine schnelle bauliche Realisierung ermöglichen (Typenbauten, Serielles Bauen, Holz- und Hybridbauweise, etc.). Entscheidungen im Rahmen des Programms sollen von der SVV zügig und mit höchster Priorität beraten und entschieden werden können.
- Ein Zwischenbericht ist dem Hauptausschuss im September 2022 zu geben.

			Ausschuss für Gesundheit,
			Soziales, Wohnen und Inklusion
			Erledigung des Antrags
			festgestellt
			<u>Hauptausschuss</u>
			Erledigung des Antrags
			festgestellt
	00/07/7/0000	Outstaille a suffice of a la	Hambaraalaraa
6.7	22/SVV/0606	Ortsteilbeauftragte/r	Hauptausschuss
			zurückgestellt
6.8	22/SVV/0726	Ausbaupotentiale des Fernwärmenet-	Ortsbeirat Groß Glienicke
0.0	22/04 1/0/20	zes	Zustimmung 7:0:1 mit folgenden
		200	Ergänzungen (entspricht Ergän-
		+ Ea BVB Freie Wähler vom 14.09.2022	zungsantrag BVB/Freie Wähler
			vom 14.09.2022):

Bei der Identifikation von Ausbaupotentialen sollen insbesondere die Quartiere priorisiert

werden:

bei denen aufgrund einer hohen Wärmedichte durch eine enge Siedlungsstruktur im Bestand die Fernwärme ein besonders großes Potential aufweist

und

die sich in unmittelbarer Nähe des bestehenden Fernwärmevorranggebiets befinden.

Im Rahmen der Erstellung des Stufenkonzepts und der Aufstellung der finanziellen Auswirkungen, sind entsprechende Fördermöglichkeiten darzulegen.

Das Stufenkonzept soll für die identifizierten Ausbaupotentiale, die Reduktion der CO2-Emissionen ausweisen, die bei einer potenziellen Fernwärmeversorgung mit erneuerbaren Energien durch den Netzausbau erzielt werden können.

- a) Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wie die Vorgaben der novellierten Verordnung für Allgemeine Bedingungen zur Versorgung mit Fernwärme (AVBFernärmeV). Ergänzung durch die deren Verordnung über Verbrauchserfassung und Abrechnung bei der Versorgung mit Fernwärme oder Fernkälte (FFVAV) und der Verordnung über die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heiz- und Warmwasserkosten (Verordnung über Heizkostenabrechnung HeizkostenV) durch die Stadtwerke Potsdam bzw. deren EWP und weiterer Potsdamer Wärmelieferanten eingehalten werden.
- b) Der Oberbürgermeister wird gebeten, auch mit den Fernwärmelieferanten Danpower des OT Groß Glienicke vergleichbare Verhandlungen zu führen.

Ausschuss für Klima, Umwelt und

Mobilität

Erledigung des Antrags wird

festgestellt

Hauptausschuss

nicht beraten, da in der SVV abschließend behandelt werden

6.9 22/SVV/0737 Energiekrise nicht zur sozialen Krise Ausschuss für Finanzen

werden lassen

entlasten!

Bürger:innen zurückgestellt

NF Sozial.DIE Fraktion

LINKE.Potsdam vom 22.11.22

für Gesundheit, Ausschuss Soziales, Wohnen und Inklusion Erledigung des Antrags wird

festgestellt

Hauptausschuss zurückgestellt

6.10 22/SVV/0739

nachhaltige/erneuerbare Energiegewinnung in Potsdam Ortsbeirat Grube

einstimmige Zustimmung folgenden Änderungen:

mit

Der Oberbürgermeister und der Geschäftsbereich 4 werden beauftragt, umgehend weitere Stellen und Areale für geothermische Energiegewinnung, besonders aber solche für die Ortsteile zu identifizieren, die sich in der Landeshauptstadt für die Errichtung von Windkraftanlagen eignen. Dies gilt insbesondere auch für den Ausbau der Photovoltaik und Solarenergiegewinnung, wofür sich u.a. vor allem die vielen Flachdächer der großen und mittleren Neubauten aus DDR-Zeit eignen.

Für die alle drei genannten Arten der Energiegewinnung sind umgehend Vorbereitungen und technische Voraussetzungen zu schaffen, damit solcher Art gewonnene Energie in absehbarer Zeit ins Potsdamer Netz eingespeist werden kann. Ob bei öffentlichen oder privaten Bauvorhaben: Die Stadt soll darauf hinwirken und dafür werben, dass bei jedem Neubau und jeder Sanierung die Gewinnung von Energie durch diese drei Wege angestrebt wird.

Ortsbeirat Uetz-Paaren einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Marquardt einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Neu Fahrland
Erledigung des Antrags wird
festgestellt

Ortsbeirat Fahrland

Erledigung des Antrags wird festgestellt

Ortsbeirat Golm abgelehnt 0:6:1

Ortsbeirat Groß Glienicke einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Eiche einstimmige Zustimmung

Ortsbeirat Satzkorn zur Kenntnis genommen

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

einstimmige Zustimmung zu der mit der Verwaltung abgestimmten Verschmelzung beider Anträge (22/SVV/0739 und 22/SVV/0726), die folgende neue Fassung ergibt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Potenziale erneuerbarer Energieträger für Strom und Wärme im Stadtgebiet zu ermitteln und prioritär ein Stufenkonzept der Ausbaupotenziale für die Fernwärme erstellen zu lassen.

Dazu sind in einem ersten Schritt die Energieverbräuche gebäudescharf zu ermitteln und dabei auch die erneuerbaren Energie-Erzeugungsanlagen, inkl. der Energienetze für Wärme, Gas und Strom zu ermitteln. Besonderer Fokus ist auf Quartiere mit hohem Energieverbrauch und einer hohen Energiedichte zur Vorbereitung und Priorisierung von Quartierskonzepten zu legen.

Es ist über den Sachstand der Arbeit regelmäßig, halbjährlich und erstmalig im Q II / 2023 im KUM zu berichten.

6.11 22/SVV/0742

Stadteilvertretungen zur Intensivierung <u>Ausschuss</u> der Bürgerbeteiligung Transparen

<u>Ausschuss</u> <u>für</u> <u>Partizipation,</u> <u>Transparenz und Digitalisierung</u> **zurückgestellt**

6.12	22/SVV/0748	Unterstützung alternativer Energiequellen	Hauptausschuss zurückgestellt Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität Zustimmung 8:0:1 Hauptausschuss Zustimmung
6.13	22/SVV/0780	Zusammenfassung der geteilten Bebauungspläne B 157-1 und B 157-2 zu einem Bebauungsplan B 157	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes abgelehnt 1:5:1
6.14	22/SVV/0792	Transparenz der Tätigkeit von Beiräten	Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung zurückgestellt Hauptausschuss zurückgestellt
6.15	22/SVV/0796	Informationsstelen an Orten der NS- Zwangsarbeit	•
		neister wird beauftragt, ein inhaltliches Ko zur Zwangsarbeit in der NS-Zeit im Potso	
	(Höhe Apolloniah	ersten Schritt soll die bereits vorhande naus) in das Konzept einbezogen und d beerenstraße und in der Friedrich-Engels	ie Errichtung weiterer Stelen in der
	Dem Ausschuss	s für Kultur soll im September 2023 ber	ichtet werden.

6.16	22/SVV/0812	Förderung	des	Ehrenamtes	in	den	Ausschuss	für (<u>Ordnung</u>	g und
		Hilfsorganis	sation	en			<u>Sicherheit</u>			-
		_					Zustimmung	6:0:1	mit	einer
							Terminannas	suna	im	letzten

Terminanpassung im letzten Absatz, wie folgt:

Das Ergebnis der Prüfung soll der Stadtverordnetenversammlung bis $\frac{\text{Ende Q1 2023}}{\text{Ende Q3}}$ **Ende Q 3 2023** vorgestellt werden.

6.17	22/SVV/0813	Verbesserter Lärmschutz entlang der	Ausschuss für Klima, Umwelt und
		A115	<u>Mobilität</u>
			Zustimmung 6:0:1 mit folgenden
		+ Ea DIE LINKE vom 07.10.22	Änderungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, geeignete Maßnahmen seitens der Landeshauptstadt Potsdam zur Reduzierung des emittierten Lärms entlang der A115 für die Wohngebiete Drewitz, Stern und Kirchsteigfeld sowie die Finanzierung der dafür anfallenden Kosten zu

ermitteln.

Das Ergebnis der Prüfung soll der Stadtverordnetenversammlung bis Ende Q1 2023 im Rahmen der Fortschreibung der Lärmaktionsplanung vorgestellt werden.

> Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

> Ea DIE LINKE vom 07.10.22 abgelehnt 2:5:0

> Zustimmung 6:0:1 zur Fassung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

> Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

> Ea DIE LINKE vom 07.10.22 abgelehnt 2:5:1

> Zustimmung 7:0:1 zur Fassung Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

6.18 22/SVV/0820 Strategische Steuerung durch Ausschuss für Finanzen SMARTe Ziele zurückgestellt

6.19 22/SVV/0824 Initiative des Bundespräsidenten Ausschuss für Gesundheit, Wohnungslosigkeit Soziales, Wohnen und Inklusion unterstützen verhindern Zustimmung 5:0:2 zu einer neuen Fassung, wie folgt:

Um Menschen in Potsdam vor drohender oder bereits existierender Wohnungslosigkeit zu bewahren, wird der Oberbürgermeister gebeten, eine Fortschreibung des aus dem Jahr 2013 stammenden Wohnungsnotfallhilfekonzeptes zu veranlassen und dabei zu prüfen, inwieweit das Konzept "Housing First" dabei integriert und umgesetzt werden kann.

Das neue Wohnungsnotfallhilfekonzept soll bis März 2024 vorliegen.

22/SVV/0833 6.20 Konzept für die Beteiligungsformate Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung der Landeshauptstadt Potsdam

einstimmige Zustimmung

Hauptausschuss

Zustimmung mit folgender Ergänzung im letzten Absatz:

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung soll regelmäßig, erstmalig im Juni 2023, über den Stand der Erarbeitung informiert werden.

8

6.21	22/SVV/0834	Bodenuntersuchungen am Campus Griebnitzsee	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.22	22/SVV/0837	Wiederöffnung der Straße Am Lustgartenwall für Fahrradfahrer und Fußgänger	Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität Zustimmung 8:0:1
			Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes – gemäß Selbstbefassung einstimmige Zustimmung
6.23	22/SVV/0838	Konzeptvergabe für die Sellostraße 20 und 21	Rücküberweisung aus StVV 09.11.22 mit Äa DIE LINKE vom 09.11.22
			Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion zurückgezogen
			Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zurückgezogen
6.24	22/SVV/0839	"Stromkastenstyling" Strom-, Schalt- und Verteilerkästen betreuen	Ausschuss für Bildung und Sport einstimmige Zustimmung mit folgender Ergänzung im 1. Absatz:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob und wie Stromkastenstyling für interessierte Schulklassen, Jugendeinrichtungen und anderen interessierten Gruppen nach Berliner Vorbild (https://www.stromnetz.berlin/furberlin/stromkastenstyling/stromkastenstyling-2022) zusammen mit den städtischen Betrieben entwickelt werden kann.

Das Ergebnis ist im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit sowie Bildung und Sport im 1. Quartal 2023 vorzustellen.

Ausschuss für Kultur einstimmige Zustimmung zur Fassung des Ausschusses für Bildung und Sport sowie weiterer Ergänzungen, wie folgt:

. . .

Dazu ist die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Potsdam zu suchen.

Das Ergebnis ist im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit sowie Bildung und Sport **und im Ausschuss für Kultur** im 1. Quartal 2023 vorzustellen.

			Ausschuss für Ordnung und Sicherheit Zustimmung 6:0:1 zur Fassung des Ausschusses für Bildung und Sport
6.25	22/SVV/0840	Petition "Volkspark für alle erhalten" berücksichtigen	Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung Erledigung des Antrags wird festgestellt
			Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.26	22/SVV/0843	Fassadengestaltung der Häuser der Studentenwohnanlage Breite-Seelenbinderstraße	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zurückgestellt
6.27	22/SVV/0941	Park- und Grünanlagenpflege dauerhaft sichern	Ausschuss für Finanzen abgelehnt 1:6.1
			Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zurückgestellt
6.28	22/SVV/0942	Ausreichend Mittel für Park- und Grünanlagenpflege einplanen	Ausschuss für Finanzen abgelehnt 1:6:1
			Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zurückgestellt
6.29	22/SVV/0952	Bekenntnis zum Tarifplan des ViP	Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität einstimmig abgelehnt
6.30	22/SVV/0980	Faire und gleiche Bezahlung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"	Ausschuss für Finanzen Erledigung des Antrags wird festgestellt
			Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion Erledigung des Antrags wird festgestellt
			Hauptausschuss Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.31	22/SVV/0992	Anschaffung von Dialogdisplays (Geschwindigkeitsanzeigen) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit	Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zurückgestellt

6.32 22/SVV/1004 Klima-Bündnis-Resolution zum Thema Ausschuss für Klima, Umwelt und

Klimaschutz und Energiearmut Mobilität

Zustimmung 5:0:2

Ausschuss für Ordnung 6.33 22/SVV/1007 Anpassung Standortkonzept für die und öffentliche Ladeinfrastruktur

Sicherheit

Zustimmung 6:0:1 mit folgender Terminanpassung im Punkt 1:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur (aus 2017) anzupassen. Dabei sollen folgende Punkte besondere Berücksichtigung finden:

Anpassung des Konzeptes bis Ende Q2/2023 bis Ende Q 4 2024 an die seit 2017 stattgefunden Veränderungen, wie u.a. die Ausrufung des Klimanotstandes, dass beabsichtigte Ende der Produktion von Fahrzeugen mit Verbrenner-Motoren, die rapide steigengen Neuzulassungen von Fahrzeugen mit Elektromotoren sowie die fortschreitende Technik mit x-fachen Ladegeschwindigkeiten.

2.) ...

Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

Zustimmung 6:0:1 zur Fassung des Ausschusses für Ordnung und

Ausschuss für Klima, Umwelt und

Sicherheit

6.34 22/SVV/1014 Selbstversorgung mit erneuerbaren

Energien für Mieter:innen in Potsdam fördern

Mobilität zurückgestellt

Vorab im Ausschuss beraten:

7.7 22/SVV/1027 Richtlinie über die Finanzierung und Jugendhilfeausschuss

Leistungssicherstellung der Kindertagestätten in freier Trägerschaft Ergänzung in der Landeshauptstadt Potsdam Beschlusstextes: (Kita-Finanzierungsrichtlinie – KitaFR)

2022

Zustimmung 8:0:6 mit folgender im Punkt 2 des

- 1. Die "Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagestätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie -KitaFR) 2022" einschließlich der Anlage tritt rückwirkend zum 01.01.2022 in Kraft.
- 2. Der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport wird beauftragt, die Kostenstrukturen und in der Folge die Höhe der Pauschalen für die Zuschüsse zu den Betriebskosten der Kindertagesstätten der freien Träger im Jahr 2023 und dann spätestens alle zwei Jahre unter Beachtung der Tarifentwicklung und der allgemeinen Preissteigerung zu überprüfen. Insbesondere sind in einzelnen Kostenbereichen für die Bestimmung von Pauschalen die Aufgaben/Leistungen unter dem Gesichtspunkt von Qualitätsstandards weiterzuentwickeln.

7.16	22/SVV/1058	Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für sozial- und gesundheitsfördernde Maßnahmen in der LHP ab 2024	
7.25	22/SVV/1030	Finanzielle Unterstützung der Tafel und Suppenküche und Ausbau der Schuldnerberatung und Allgemeinen Sozialen Beratung	Soziales, Wohnen und Inklusion

Die finanzielle Unterstützung der Tafel Potsdam e. V. und der mit ihr kooperierenden Suppenküche der Volkssolidarität sowie die Erweiterung des Angebotes zur Schuldnerberatung und zur Allgemeinen Sozialen Beratung aufgrund des zu erwartenden steigenden Kundenaufkommens in der Gas- und Inflationskrise.

Zugleich ist zu prüfen, ob der jetzige Standort der Tafel den wachsenden Kapazitäten genügt und ggf. mit der Tafel nach Alternativen zu suchen.

Geschäftsbereich

Finanzen, Investition und Controlling



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung a	am: 07.12.2022	
Titel des Antrages:	*	
Haushalt 2023/2024 Verwendung der Mittel für	freiwillige Leistungen	
Drucksache Nr.: 22/SVV/1104	TOP: 7.1	

Stellungnahme der Verwaltung

22/SVV/1104

1. Rechtliche Einschätzung

Rechtlich ist der Antrag zulässig.

Die gewünschte Übersicht geht über den Umfang der in § 21 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) vorgesehenen Erläuterungen des Haushaltsplans hinaus.

Gemäß KomHKV sollen größere Abweichungen zum Vorjahr erläutert werden. Die Landeshauptstadt Potsdam informiert hierzu im Vorbericht in Ziff. 1.8. Als wesentlich gelten alle Abweichungen über 10 % bzw. 1.000.000 EUR. Des weiteren wird unter Ziff. 1.14 im Vorbericht zur Aufgabenklassifizierung berichtet und damit auch eine Gesamtübersicht über die freiwilligen Aufgaben gegeben.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Der Antrag hat keine finanzielle Auswirkungen, erfordert jedoch bei Umsetzung der über den bisherigen Standard hinausgehenden Darstellung personelle Kapazitäten.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Eine zusätzliche Übersicht zu erstellen, welche parallel zum Haushaltsentwurf vorzulegen ist, kann aktuell nur auf Ebene der Produkte und Aufwandskonten erstellt werden und dürfte weiteren zeitlichen Aufwand bedeuten.

4. Inhaltliche Einordnung

Im Vorbericht zum Haushaltsplan werden bereits unter 1.8. wesentliche alle Abweichungen von über 10 % bzw. 1.000.000 EUR erläutert. Unter dem Abschnitt 1.14 werden die Produktaufwendungen nach freiwilligen und pflichtigen Aufgaben klassifiziert (siehe Haushalt 2022 Teil 1). Die Erträge sowie Aus- und Einzahlungen sind nicht klassifiziert.

Der Haushalt wird nicht auf Maßnahmenebene sondern auf Produktebene geplant. Nach Einbringung des Haushalts wird dieser in den Fachausschüssen vorgestellt und beraten. Alternativ können der Umsetzungsstand einzelner Maßnahmen bzw. die damit verbundenen finanziellen Effekte in den Fachausschüssen bei den zuständigen Geschäftsbereichen abgefragt werden.

1, 12, 2022

Datum/Unterschrift

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Landeshauptstadt Potsdam

Der Oberbürgermeister

Sitzung der Stadtverordnetenversamm	lung am:	07.12.2022	W		
Titel des Antrages:	63		E	E)	
Veräußerung von Immobilien im Stadtteil	Krampnitz			8 1	
Drucksache Nr.: 22/SVVIAD99	TOP:	7.2			

Stellungnahme der Verwaltung

Rechtliche Einschätzung
pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

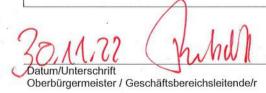
Keine unmittelbare Relevanz zum Haushalt der LHP. Verkäufe im Entwicklungsgebiet kommen dem Treuhandvermögen zugute und refinanzieren die Entwicklungsmaßnahme.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Ausschreibung des Objektes ist veröffentlicht. Der Ausschreibungszeitraum läuft.

4. Inhaltliche Einordnung

Für die hier genannten denkmalgeschützten Objekte sind gemäß Vermarktungsstrategie (siehe 20/SVV/0620) zum überwiegenden Teil Eigentumswohnungen, im C-Gebäude auch Baugruppen vorgesehen. Daher verlangt das Exposé: "durchmischte Wohnformen", "innovative Wohnkonzepte für Eigentumswohnungen, Cluster-Wohnen, Mehrgenerationenwohnen oder weitere passende Wohnkonstellationen". Eine Veräußerung der Objekte ist zur Refinanzierung der Investitionen in Krampnitz dringend erforderlich.



Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:
Titel des Antrages:
Brunnenbohrung und Gartenbewässerung
Drucksache Nr.: 22/SVV/1089 TOP: 7.4
Otallan makena dan Vannakturan
Stellungnahme der Verwaltung
1. Rechtliche Einschätzung
Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung, die die Verwaltung bereits im Rahmen der Möglichkeiten wahrnimmt (siehe Punkt 4).
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
Für die Umsetzung sind keine Haushaltsmittel erforderlich.
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung
Maßnahmen laufen bereits und befinden sich in der ständigen Überwachung.
Insbesondere wurden vom Land Brandenburg bereits erste Erhebungen bzw. Abfragen bei
den unteren Wasserbehörden zur Anzahl der Hausgartenbrunnen gemacht, um deren
Einfluss auf den Grundwasserleiter abschätzen zu können. Bei erlaubnispflichtigen
Hausgartenbrunnen werden bereits Auflagen zum sparsamen Umgang erlassen.

502.StnSVV 01.08.22

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Sitzung der Stadt	verordnetenversammlung a	m:	07.12.20	022	-		
Titel des Antrages:						*	
Verkaufs-Exposé l	Krampnitz - Nordgebäude Stad	dtplatz Os	st ruhend s	stellen, Moratorium!			
J							3 8.
					9 9		
Drucksache Nr.:	22/SVV/1051	TOP:	7.5	30 E E			
	2			*			1

Drucksache Nr.: 22/SVV/	1051	1	OP:	7.5						
Stellungnahme der Ve	rwaltung									}
1. Rechtliche Einschätzung		-		50	es A	1 4 4	100		. 1	
pflichtige Selbstverwaltungs	aufgabe									
2 2 2								38		
A STATE OF THE STA										
					196					e N
		100								
, T		*					7-1-1-1-1	- 8		
2. Berücksichtigung im Haus	shaltsplan									
Keine unmittelbare Relakommen dem Treuhand										ne.
			1							
					e.		*	er Wall		
					3					
3. Zeitliche Umsetzbarkeit							N.			
Die Ausschreibung des Januar 2023.	Objektes is	st veröf	fentlicl	nt. Der	Aussch	reibun	gszeit	raum l	äuft bi	S
	-								**	
21 £1 39	*		*							

4. Inhaltliche Einordnung

Die Ausschreibung erfolgt mit dem Ziel einer Anhandgabe und mit der Absicht, den B-Plan Nr. 141-5a zu ändern. Den Bietern ist bekannt, dass die Letzentscheidung die Stadtverordnetenversammlung trifft.

Geschäftsbereich

Bereich des Oberbürgermeisters



Betreff: Konzept Stadtteildialoge umsetzen und weiterentwickeln Drucksache Nr.: 22/SVV/1084 TOP: 7.6 Stellungnahme der Verwaltung 1. Rechtliche Einschätzung Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig pro Jahr etwa sechs Stadtteilkonferenzen in verschiedenen Stadtgebieten durchzuführen. 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Crucksache Nr.: 22/SVV/1084 TOP: 7.6 Stellungnahme der Verwaltung 1. Rechtliche Einschätzung Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig pro Jahr etwa sechs Stadtteilkonferenzen in verschiedenen Stadtgebieten durchzuführen. 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	Titel des Antrages:	
Stellungnahme der Verwaltung 1. Rechtliche Einschätzung Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig pro Jahr etwa sechs Stadtteilkonferenzen in verschiedenen Stadtgebieten durchzuführen. 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	Betreff:	
Stellungnahme der Verwaltung 1. Rechtliche Einschätzung Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig pro Jahr etwa sechs Stadtteilkonferenzen in verschiedenen Stadtgebieten durchzuführen. 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	Konzept Stadtteildialoge umsetzen und weiterentwickeln	
Stellungnahme der Verwaltung 1. Rechtliche Einschätzung Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig pro Jahr etwa sechs Stadtteilkonferenzen in verschiedenen Stadtgebieten durchzuführen. 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
1. Rechtliche Einschätzung Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig pro Jahr etwa sechs Stadtteilkonferenzen in verschiedenen Stadtgebieten durchzuführen. 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	Drucksache Nr.: 22/SVV/1084 TOP: 7.6	
1. Rechtliche Einschätzung Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig pro Jahr etwa sechs Stadtteilkonferenzen in verschiedenen Stadtgebieten durchzuführen. 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
1. Rechtliche Einschätzung Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig pro Jahr etwa sechs Stadtteilkonferenzen in verschiedenen Stadtgebieten durchzuführen. 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe. Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig pro Jahr etwa sechs Stadtteilkonferenzen in verschiedenen Stadtgebieten durchzuführen. 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	Stellungnahme der Verwaltung	
Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig pro Jahr etwa sechs Stadtteilkonferenzen in verschiedenen Stadtgebieten durchzuführen. 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	1. Rechtliche Einschätzung	
Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister, regelmäßig pro Jahr etwa sechs Stadtteilkonferenzen in verschiedenen Stadtgebieten durchzuführen. 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.	
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	Mit ihrem Beschluss vom 05.09.2018 (DS 18/SVV/0265) beauftragte die Stadtverordnetenversammlung	
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		ən
Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	durchzuluhren.	
Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Ja 3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	2. Berücksichtigung im Haushaltsplan	
3. Zeitliche Umsetzbarkeit Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	Ja	
Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		385
Laufendes Verfahren 4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	A , 181	
4. Inhaltliche Einordnung Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	3. Zeitliche Umsetzbarkeit	
Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	Laufendes Verfahren	
Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
Entsprechend des Fachgespräches "Im Dialog des Oberbürgermeisters" vom 30.09.2021 wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den		
wurde das Format im Jahr 2022 weiter konzipiert und für 2023 eine Auswertung in den	-	
Gremien der Landeshauntstadt Potsdam zur Durchtührung des Formates "Im Dialog mit		
dem Oberbürgermeister" erarbeitet.	Gremien der Landeshauptstadt Potsdam zur Durchführung des Formates "Im Dialog m	iit

502.StnSW 01.08.22

Geschäftsbereich

Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Azubi-Wohnungen für Pflegefachkräfte/ für das kommunale Klinikum

Drucksache Nr.:

22/SVV/1148

TOP:

7.8

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Bebaubare Flächen im Klinikum sind kaum mehr vorhanden. Es müsste vorab geprüft werden, ob es möglich ist, PKW- Stellflächen zu überbauen (z.B. mit Stelzenbauweise). Grundsätzlich begrüßt das Klinikum die Schaffung von zusätzlichen Wohnraum für junge Beschäftigte oder Azubis, dies schafft wesentliche Vorteile im Wettbewerb um junge Fachkräfte für die Klinik Gruppe gegenüber Dritten in Berlin und Brandenburg. Das Klinikum würde vorbehaltlich der baurechtlichen Genehmigungsfähigkeit ein Appartementhaus errichten wollen. Dies jedoch nicht nur für Azubis auch für die unter Punkt 4 erwähnten weiteren Gruppen.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die wirtschaftlichen, investiven Mittel des Klinikums sind begrenzt und hängen von dem Umfang der gewährten Fördermittel im Rahmen der dualen Finanzierung des Landes Brandenburg ab. Deswegen ist es umso wichtiger das weitere Förderprogramme, wie z.B. "Junges Wohnen" aus Bundesmitteln durch das KEvB genutzt werden können. Derzeit sind noch keine Förderquoten oder genauen Förderbedingungen aus diesem Programm veröffentlicht. Sofern die Förderquoten hinreichend hoch sind und damit die Eigenanteile überschaubar, würde das Klinikum hier investieren. Es sollten zwischen 50 bis 100 Appartements entstehen.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Sofern ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, würde das Klinikum die Planung des Gebäudes über eine Architekturbüro erbringen lassen. Nach einer Entscheidung der Geschäftsführung und öffentlicher Ausschreibung der Planungsleistungen, über die Planungs- und Bauphase bis zur Inbetriebnahme eines solchen neuen Appartementhauses würden 2,5 bis 3 Jahre Zeit veranschlagen sein.

4. Inhaltliche Einordnung

Das Klinikum verfügt über derzeit 103 Wohn-Bettenplätze für Azubis. Zum Stand November/ Dezember 2022 sind alle Plätze vermietet. Der aktuelle Zustand der Wohneinheiten für Azubis müsste verbessert werden. Perspektivisch benötigt das Klinikum weitere Appartements für Azubis aber auch für junge In- und ausländische Fachkräfte, die ein neues Arbeitsverhältnis mit dem Klinikum begründet haben oder begründen wollen und (noch) keinen "bezahlbaren" Wohnraum in Potsdam finden können.

.Datum/Unterschrift

Geschäftsbereich

Bildung, Kultur, Jugend und Sport



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Grundlagen der Geschichtsaufarbeitung und -vermittlung stärken

Drucksache Nr.:

22/SVV/1147

TOP:

7.9

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich im überwiegenden Teil um eine freiwillige Leistung (Stadtarchiv pflichtig).

Archivalien nach 1930 unterliegen Datenschutz- und Persönlichkeitsrechten. Zum Sammlungsgut des Stadtarchivs, der Gedenkstätte Lindenstraße und des Potsdam Museums – Forum für Kunst und Geschichte gehören auch schriftliche und bildliche Quellen aus dem Nationalsozialismus, der Zeit der DDR und der Friedlichen Revolution. Jedes Dokument muss vor Einsichtnahme durch die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und ggf. das Rechtsamt geprüft werden. Eine Einsichtnahme kann prinzipiell allein zu wissenschaftlichen Zwecken mit schriftlicher Einwilligung der jeweils betroffenen Person oder ihrer Nachlasshalter erfolgen. Eine Online-Stellung dieser Dokumente ist ausgeschlossen.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Es ist nicht im Haushaltsplan enthalten.

Ausschreibung einer Bestandsprüfung der beteiligten Einrichtungen durch eine Fachfirma, Kosten: circa € 25.000–30.000

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Zeitschiene bis Juni 2023 erscheint allen drei Einrichtungen unrealistisch. 2024: Bestandsprüfung der beteiligten Einrichtungen, anschließend Terminkette für die Erstellung eines Gesamtkonzepts.

4. Inhaltliche Einordnung

Die SGL hat bereits 2021 ein Umsetzungskonzept für den Archivbereich der SGL erarbeiten lassen. Das Potsdam Museum könnte im Rahmen des geforderten Gesamtkonzepts ebenfalls eine Prüfung seiner relevanten Bestände durch eine Fachfirma durchführen, wie dies in der SGL bereits geschehen ist. Das Stadtarchiv schlägt vor, die Erschließung und Erweiterung der Bestände weiterhin durch die jeweilige Direktion und die Fachangestellten der Institutionen durchzuführen. In jedem Fall sollte aber eine ergebnisoffene Verständigung zwischen den genannten Einrichtungen möglich sein. Die drei angesprochenen Einrichtungen könnten in diesem Gesamtkonzept die Profilbildung fördern und Zukunftsszenarien entwickeln.

Datum/Unterschrift

Geschäftsbereich

Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:

Titel des Antrages:

Mieter:innen langfristig schützen - Mietenpolitische Maßnahmen ausbauen

Drucksache Nr.: 22/SVV/1154 **TOP:** 7.10

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Sozialraumscreening: In Umsetzung nach § 172 BauGB

Beratungsstelle für nichtkommerzielle Gemeinschaftsprojekte: als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe umsetzbar

Meldestelle für Fälle von Spekulation, Verdrängung: Rechtsgrundlage fehlt

Meldestelle zum Leerstands: für Wohnraum über Zweckentfremdungsverbotssatzung in Umsetzung Umwandlungsverbot: umsetzbar nach § 250 BauGB i.V.m. § 201a Satz 3 und 4 BauGB und / oder § 172 BauGB

Personalbedarf und Stellenplan: Umsetzbar im Rahmen der Haushaltssatzungen der LHP

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für ein Sozialraumscreening (gesamtstädtisches "Grobscreening") und vertiefende Untersuchungen nach § 172 BauGB sind Mittel im HH 2023/ 2024 eingeplant. Für eine Beratungsstelle sind keine Mittel eingeplant.

Für den Vollzug der Zweckentfremdungsverbotssatzung wurde die Zuführung zusätzlicher Stellen in den Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration (39) im HHP 2022 beschlossen. Der Vollzug des Umwandlungsverbots ist als neue Aufgabe bislang nicht mit Aufbau- und Ablauforganisation untersetzt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Das Sozialraumscreening ist zeitlich wie vorgeschlagen umsetzbar.

Die Beratungsstelle ist frühestens umsetzbar ab 2025, da derzeit nicht im Haushalt eingeplant.

Eine Meldestelle zu Leerstand existiert bereits (im Vollzug des Zweckentfremdungsverbots: Mail:

Zweckentfremdung@rathaus.potsdam.de)
Die Aufforderung an das Land zur Schaffung rechtlicher Grundlagen für ein Umwandlungsverbot ist kurzfristig umsetzbar.

Verwaltungsorganisatorische Maßnahmen sind nicht bis Ende des 1. Quartals 2023 umsetzbar

4. Inhaltliche Einordnung

Das Sozialraumscreening ist eine bereits laufende Maßnahme.

Die Beratungsstelle ist eine Handlungsempfehlung aus dem BMBF-Projekt "Laborstadt Potsdam", (siehe https://projekt.izt.de/gemeinschaftlich-wohnen/).

Die Zielstellung der Meldestelle für Fälle von Spekulation und Verdrängung ist noch nicht erkennbar (welche kommunalen Instrumente im Umgang mit den Meldungen sind hier gemeint?)

Umwandlungsverbot: derzeit noch kein Anwendungsfall nach § 172 BauGB (aktuell keine gültige

"Milieuschutzsatzung), Bedarf nach § 250 BauGB ist bereits beim Land bekannt.

Der Personalbedarf im Themenfeld Wohnen ist Gegenstand einer Organisationsuntersuchung, mit der der Fachbereich Personal und Organisation (53) im September durch den Fachbereich 39 beauftragt wurde.

Datum/Unterschrift

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Sitzung der Stadt	verordnetenversammlu	ing am:	07.12.2022			
Titel des Antrages:						
Die Bearbeitung von	on "Klima-Anträgen" bün	deln	* ==			
		E		3 - ~	£	172-7
Drucksache Nr.:	22/SVV/1105	TOP:	7.11		¥1	
Stellungnahme	der Verwaltung					0.41
1. Rechtliche Einsc	chätzung	1	n	10 M		40
Es handelt sich um	n eine freiwillige Aufgabe					
2 9 g						
					ž) (v	
	26 T. 18					
¥0.			1			
2. Berücksichtigung	g im Haushaltsplan					
Für die Umsetz	ung sind keine Haus	haltsmittel	erforderlich.			
	9 2					
	ē:	9			34	
100 E						
3. Zeitliche Umsetz	barkeit	77.				
	8 × 1	6.5				
*						

Der Antrag nimmt Bezug auf die DS-Nr.17/SVV/0537 Kernstrategien und Ziele des

30 11.22

4. Inhaltliche Einordnung

Masterplan Klimaschutz.

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

502.StnSVV 01.08.22

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Landeshauptstadt Potsdam

Der Oberbürgermeister

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung a Titel des Antrages:	m: 07.12.2022
Aktualisierung der Wirtschaftlichkeitsberechnung	g für den Wehnblock Staudenhof
Actualisierung der Wirtschaftlichkeitsberechnung	g ful dell vvoliliblock Staddelliloi
* 8	
Drucksache Nr.: 22/SVV/1100	TOP: 7.12
Stellungnahme der Verwaltung	
Rechtliche Einschätzung	
Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.	
Berücksichtigung im Haushaltsplan	
Die Umsetzung der Maßnahme war nich	nt Bestandteil der Haushaltsdiskussion. Es wurden
dafür keine Mittel eingeplant.	
3. Zeitliche Umsetzbarkeit	
-	
4. Inhaltliche Einordnung	
	ng/eines Ersatzneubaus wurde als Anlage zur ngsgebiet "Potsdamer Mitte" Konkretisierung der
	utenkonzeptes für den Block V" umfassend
	er Beantwortung der Anfrage DS 22/SVV/0380
	ck Staudenhof " über den Sachstand berichtet.

25.11.2022

Datum/Unterschrift

Geschäftsbereich

Bildung, Kultur, Jugend und Sport



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.12.2022

Titel des Antrages:
Neupriorisierung Jugendclub OstbloQ - schneller sanieren!

Drucksache Nr.: 22/SVV/1112

TOP: 7 Anträge

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Das Betreiben von Einrichtungen der Jugend(sozial)arbeit stellt eine dem Grunde nach pflichtige kommunale Aufgabe gemäß §§ 11 bis 14 SGB VIII dar, d.h. eine objektive Rechtsverpflichtung des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe. Deren Art und Umfang wird im Jugendhilfeplan gemäß § 80 (1) SGB VIII bzw. im Jugendförderplan gemäß § 24 AGKJHG als bedarfsgerechtes Angebot ausgewiesen und von der Stadtverordnetenversammlung als verbindlich zu erbringende Jugendhilfeleistung beschlossen (vgl. aktuellen Jugendhilfeplan DS 14/SVV/0023 und Jugendförderplan DS 19/SVV/0029). Auf dieser Grundlage werden Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen gemäß DS 09/SVV/0025 und 12/SVV/0783 zwischen dem Träger der öffentlichen und den Trägern der freien Jugendhilfe sowie ein Mietvertrag mit dem KIS abgeschlossen.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Aus baufachlicher Sicht des KIS hat sich an der Prioritätensetzung nichts geändert. Wie bereits der Antwort auf die Kleine Anfrage 22/SVV/0652 ("Sanierungsplan Jugendtreff 'OstbloQ' im Zentrum Ost") zu entnehmen war, ist der Jugendclub "OstbloQ" bislang nicht im Investitions- und Sanierungsplan der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen 2022-2027 enthalten.

Die geschätzten Baukosten liegen derzeit in Höhe von 700.000 Euro, sind den aktuellen Marktpreisen anzupassen und müssten entsprechend in den kommenden Haushaltsentwurf 2025 ff. aufgenommen werden.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Mit Blick auf die Machbarkeit wäre es denkbar, dass seitens des Kommunalen Immobilien Service (KIS) mit der Planung und Realisierung voraussichtlich ab 2025 begonnen werden könnte. Auch die Umsetzung einiger anderer Baumaßnahmen - Sanierungen Jugendklubs - sind aktuell nicht ausfinanziert und müssten dafür verschoben werden.

Eine Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen der Jugendklubs in der LHP stehen darüber hinaus unter dem Vorbehalt der personellen Kapazitäten des KIS. Erst wenn die Stellenbesetzungsverfahren zum erfolgreichen Abschluss gekommen sind, können die Maßnahmen in Angriff genommen werden.

4. Inhaltliche Einordnung

Wie bereits der Beantwortung der Kleinen Anfrage DS 22/SVV/0652 zu entnehmen ist, erstellte der Kommunale Immobilien Service einen mit dem Fachbereich Bildung, Jugend und Sport abgestimmten Investitions- und Sanie- rungsplan Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen 2022 bis 2027 mit entsprechenden Prioritätensetzungen im Gesamtumfang von 10.500.000 Euro.

Grundlage hierfür war eine baufachliche Prüfung.

30/11

Aus diesem Grunde konnte der im Oktober 2019 für das Jugendhaus "OstbloQ" ermittelte Sanierungsbedarf im o.g. Investitions- und Sanierungsplan bis 2027 noch keine Berücksichtigung finden. Die Verkehrs- und Betriebssicherheit des Jugendhauses "OstbloQ" ist hierdurch nicht gefährdet!

Datum/Unterschrift)

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Titel des Antrages: Klimaneutraler ÖPl Drucksache Nr.:		+			
en en	122.27)	
Druckeacho Nr	NV		•		
Drucksacho Mr :	*				
Druckeache Mr.				ess	
Drucksache Nr	22/SVV/1116	TOP:	7.14		
			27		
200 40					
(3.00)	der Verwaltung	1			*
 Rechtliche Einsc 	Notice and the second				
Es handelt sich um	eine freiwillige Aufgabe	Э.		da .	
*					
2. Berücksichtigung	ı im Haushaltsolan	11. 1. 1. 1. 1.	- 19. X 1		1
				0	
		34			
		•		***	
3. Zeitliche Umsetz Eine Umsetzung	g ist im gewünschte	n zeitlichen	Rahmen mögli	ch.	
		9.8			
	4				
				*	
4. Inhaltliche Einord	dnung				
	dnung wird mit der Umset //1097) umgesetzt.	zung der Ele	ktrifizierungss	trategie für die B	usflotte der
Die Maßnahme	wird mit der Umset	zung der Ele	ktrifizierungss	trategie für die B	usflotte der

502.StnSVV 01.08.22

Datum/Unterschrift Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Juliel

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



	g am:	07.12.2022	
Titel des Antrages:			· .
Baustellenmanagement verbessern		¥.,	
	T		
Drucksache Nr.: 22/SVV/1113	TOP:	7.15	
Stellungnahme der Verwaltung			
Rechtliche Einschätzung			
Es handelt sich um behördliches Handeln.			
		200	
Berücksichtigung im Haushaltsplan		1 3	
Zeitliche Umsetzbarkeit			
Zeitliche Umsetzbarkeit Die Berichterstattung ist termingerech	t möglich.		
	t möglich.		
Die Berichterstattung ist termingerech	t möglich.		
Die Berichterstattung ist termingerech 4. Inhaltliche Einordnung			perwachung
			erwachung.
Die Berichterstattung ist termingerech 4. Inhaltliche Einordnung			perwachung.
Die Berichterstattung ist termingerech 4. Inhaltliche Einordnung			erwachung.

502.StnSVV 01.08.22

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Sitzung der Stadtverordnetenvers	ammlung am:	07.12.2022	# II.	is to
Titel des Antrages:				×
Kleingartenanlage "Hans-Sachs" in	Potsdam-West			
**			*	
Drucksache Nr.: 22/SVV/1150	TOP:	7.17		The state of the s

Drucksache Nr.: 22/SVV/1150	TOP: 7.17
Stellungnahme der Verwaltung	
1. Rechtliche Einschätzung	
Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.	A STATE OF A
Berücksichtigung im Haushaltsplan	
Für den Prüf-/Sachstandsbericht sind k	keine finanziellen Mittel erforderlich.
3. Zeitliche Umsetzbarkeit	
s. Punkt 4	
4. Inhaltliche Einordnung Prüfbericht und Vorschlag zum weitere eingebracht.	en Vorgehen werden in die SVV im Januar 2023

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung	am:	07.12.20	022			
Titel des Antrages:				2		
Schutzstreifen für Radverkehr baulich abgrenz	en					
		800				
Drucksache Nr.: 22/SVV/1149	TOP:	7.18		f) (i)		
Stallungnahma day Vamualtung						
Stellungnahme der Verwaltung			70	• //		x
Rechtliche Einschätzung			i i		× <u></u>	
Der Inhalt des Beschlussantrages ist eine behr Entscheidungshoheit für die Stadtverordneten			g nach pf	flichtgemäße	n Ermesse	en; keine
				X		
1						
2. Davüakaiahtigung im Haushaltanlan		The Spirit			4.50	
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan				- 14 - 1 - 1		
Die Umsetzung der Maßnahme war nie dafür keine Mittel eingeplant.	cht Besta	andteil de	er Hausr	altsdiskus	sion. Es	wurden
						1 1
4 4 4 4						
t a service						
		(2)		- ·		
3. Zeitliche Umsetzbarkeit						
Eine Umsetzung ist im gewünschten zo	eitlichen	Rahmen	nicht m	öglich.		
4. Inhaltliche Einordnung	- 13				-	
Alternativ könnte im Rahmen eines Pro	ifauftrad	es die Ar	nlane ne	schützter l	Radfahr	streifen
in Potsdam untersucht werden.	ulaulilay	es die Al	nage ge	30Hutzter 1	, adiaili	, GIIGH
1. 1. 2. 2. 2. 2. 2. 2. 2. 2. 2. 2. 2. 2. 2.						

502.StnSVV 01.08.22

Geschäftsbereich

Bereich des Oberbürgermeisters



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung an	n:	07.12.20)22	20			
Titel des Antrages:						20	
Städtische Dienstleistungen in Karstadt-Gebäude				35			
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·			80		7 280		
Drucksache Nr.: 22/SVV/1157	TOP:	7.19		-	4		

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Maßnahme ist aufgrund der Aktualität nicht im Haushaltsplan berücksichtigt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die zeitliche Umsetzbarkeit ist gegeben, insofern der Konzern den Standort Potsdam erhält.

4. Inhaltliche Einordnung

Der Antrag unterstützt die bisherigen Bestrebungen der Landeshauptstadt Potsdam und insbesondere des Oberbürgermeisters um den Erhalt des Karstadt in Potsdam. Der Oberbürgermeister hat bereits im Zusammenhang seiner Reise nach Kassel am 18.11.22 und der Fachtagung zur Potsdamer Innenstadt am 24.11.22 angekündigt zu prüfen, inwieweit es möglich ist städtische Dienstleistungen und/oder soziale Angebote Dritter in das Karstadt Gebäude zu integrieren. Diese Prüfung wird derzeit durch die Verwaltung durchgeführt.

Dazu werden Gespräche mit der Hausleitung Karstadt Potsdam, mit dem Galeria-Konzern und den Immobilienbesitzern geführt.

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung a	m: 07.12.2022	9 %	
Titel des Antrages:	18 10		
Qualität von Volkspark und Lustgarten sichern u	nd erhalten		
			•
Drucksache Nr.: 22/SVV/1106	TOP: 7.20	10 x 10 a	Ć 8

Stellungnahme der Verwaltung

	D 11					
4	Pacht	licho	LIDEO	2	TTIIDA	4
1.	Recht	IICHE		l a	LZUHU	ı

Die BgA Volkspark nimmt Aufgaben als Betrieb der Landeshauptstadt Potsdam wahr, insofern ist es ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

In 2022 hat die Landhauptstadt Potsdam der BgA Volkspark einen Zuschuss in Höhe von 2.051.900 Euro zur Verfügung gestellt.

Im Entwurf des Doppelhaushaltes 2023/24 stehen für

2023 Zuschüsse in Höhe von 2.205.600 Euro und für

2024 Zuschüsse in Höhe von 2.379.200 Euro zur Verfügung.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

4. Inhaltliche Einordnung

Der Antrag zielt auf eine Ausstattung mit Mitteln für Sanierung und Instandhaltung von Volkspark und Lustgarten im kommenden Doppelhaushalt ab, die gewährleisten, dass der hohe Standard der öffentlichen Grünanlage erhalten bleibt.

28.11.2022

Datum/Unterschrift

Geschäftsbereich

Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	07.12.2022
Titel des Antrages:	
Betreuung für Eltern von Frühgeborenen verbesser	n .
Drucksache Nr.: 22/SVV/0989 To	P: 7.21

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Rechtlich zulässig

Die Zuordnung der Organisationseinheiten ergibt sich aus dem Geschäftsverteilungsplan und obliegt dem Oberbürgermeister.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Die Leistungen nach dem SGB V (Versorgung im Krankenhaus) sind nicht Bestandteil des Haushaltsplans der Landeshauptstadt Potsdam.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Beratung in der Häuslichkeit ist Bestandteil der Arbeit des Fachbereichs Bildung, Jugend und Sport und wird dort umgesetzt.

4. Inhaltliche Einordnung

Grundsätzlich ist das Verfahren bei Frühgeborenen vor allem vom individuellen Bedarf des Kindes und den medizinischen Erfordernissen abhängig. Die Betreuung der Kinder erfolgt daher vollständig im klinischen Setting. Teil dieser Betreuung ist auch die sozial-medizinische Betreuung und Beratung der Eltern durch Fachleute der klinischen Nachsorge. Es gibt in Potsdam darüber hinaus Angebote des SPZ zur Nachsorge im Anschluss an den Klinikaufenthalt. Die weitere Beratung in der Häuslichkeit wird durch die Mitarbeitenden des Fachbereichs Bildung, Jugend und Sport erbracht.

30.11.2022

R. Jog.L

Geschäftsbereich

Bereich des Oberbürgermeisters



Sitzung der Stadt						
Titel des Antrages:						
Gefallene Potsdan	ner des Zweiten Weltkrieg	es				
						80
	To the second se	-	17			
Drucksache Nr.:	22/SVV/1081	TOP:	7.22		* E	
		9				
# # # # # # # # # # # # # # # # # # #						
	der Verwaltung					
1. Rechtliche Einsc	chätzung	9				
					19	
	E 80					
			*			•
2. Berücksichtigung	g im Haushaltsplan	2		E 85		
		*				
R		100				* *
170				4		
140						
3. Zeitliche Umsetz	zharkeit				9	
3. Zeitliche Umsetz	zbarkeit	5 o				
3. Zeitliche Umsetz	zbarkeit	5 m			9 9 9 9	
3. Zeitliche Umsetz	zbarkeit					
3. Zeitliche Umsetz	zbarkeit					
3. Zeitliche Umsetz	zbarkeit					
3. Zeitliche Umsetz	zbarkeit					
4. Inhaltliche Einor	dnung					
4. Inhaltliche Einor Mit den z.T. nai	dnung mentlichen Grabstein	en der Krie	gstoten P	otsdams de	s Zweiten	Weltkrieges
4. Inhaltliche Einor Mit den z.T. nar auf dem Neuen	dnung mentlichen Grabstein ı Friedhof besteht ber	eits eine W	ürdigung	der Kriegsto	oten, die, s	ofern durch
4. Inhaltliche Einor Mit den z.T. nar auf dem Neuen	dnung mentlichen Grabstein	eits eine W	ürdigung	der Kriegsto	oten, die, s	ofern durch
4. Inhaltliche Einor Mit den z.T. nar auf dem Neuen	dnung mentlichen Grabstein ı Friedhof besteht ber	eits eine W	ürdigung	der Kriegsto	oten, die, s	ofern durch
4. Inhaltliche Einor Mit den z.T. nar auf dem Neuen	dnung mentlichen Grabstein ı Friedhof besteht ber	eits eine W	ürdigung	der Kriegsto	oten, die, s	ofern durch

502.StnSVV 01.08.22

Geschäftsbereich

Bildung, Kultur, Jugend und Sport



Sitzung der Stadtverord	Inetenversammlung	g am:	30		0.0	
Titel des Antrages:						
Skulptur Sonja						
87 9						
· ·			,			
Drucksache Nr.: 22/S\	VV/1082	TOP:	TOP 7, 23			
				æ		
Stallungnahma dar \	Jonualtuna					
Stellungnahme der \					190	
Rechtliche Einschätzur			a 1			
Es handelt sich um eine t Bei einem Standortwechs		Figentümer	-Rechte der Fla	ächen zu re	cherchieren	sowie das
Votum des Beirates für K	Cunst im öffentlichen	Raum einzu	holen.	donon zu re	onoromorom	sowie das
- 8		w = E	*			
in the second se						
10 (A)						
2. Berücksichtigung im Ha	aushaltsplan	7	4 9			
Ist bisher nicht im Do	ppel-HH 2023 / 2	024 berüc	cksichtigt			
					£:	
8						
			an tall 8			
Zeitliche Umsetzbarkei	t	1	,	200		
Kann z.Z. nicht bena	nnt werden.					
			Q.			

4. Inhaltliche Einordnung

Die 1973 erschaffene Bronzeskulptur "Sonja Sportstudentin" vom Bildhauer Dietrich Rohde befand sich von 1974 bis 2011 auf dem Brauhausberg mit direkten Bezug zum dort damals befindlichen Schwimmbad. Die Skulptur ist im Besitz der Landeshauptstadt Potsdam und wird den heute noch erhaltenen DDR-Kunstwerken im öffentlichen Raum zugeschrieben.

Aufgrund von verschiedenen Bauvorhaben am Brauhausberg musste die Bronzeskulptur "Sonja Sportstudentin" 2011 vom alten Standort entfernt und an einen anderen Standort versetzt werden.

Die Umsetzung und Sanierung erfolgte 2011/2012 durch die Baudenkmalpflege Roland Schulze und die Schmiedefirma Torsten Theel. Neuer Standort ist die Parkfläche in der Newtonstr. 12, direkt an der Schwimmhalle Am Stern, um wie am alten Standort den Bezug zu einer Schwimmhalle weiterhin herzustellen.

Datum/Unterschrift

Geschäftsbereich

Zentrale Verwaltung



Sitzung der Stadtverordnetenversammlun	g am:			
Titel des Antrages:			 g	
Abordnungen und nicht besetzte Stellen	7			
			(90)	
Drucksache Nr.: 22/SVV/1117	TOP:	7.24	W	

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzu	ng	5,5,11	
Eine rechtliche Verpflich	tung zu dieser Berichterstattur	ng besteht nicht.	
20	OF THE RESERVE OF THE		

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Antrag hat keine finanziellen Auswirkungen.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Es wird verwiesen auf das bestehende Berichtswesen zweimal jährlich im Hauptausschuss.

Die LHP stellt über das Portal PIA-online (über das städtische Intranet erreichbar) regelmäßig quartalsweise Statistiken bereit. Über die Fraktionsgeschäftsführungen ist der Zugriff möglich:

http://pia/index.php? ea=ea14908&eb=eb15563&selectB=1&DUVAON_ID_GEM=e0863299a7253b583e8a199c25d5fc6f

4. Inhaltliche Einordnung

Die Stadtverwaltung wird durch die aktuellen drei Lageereignisse (Energie, Ukraine- sowie Corona-Lage) weiter stark gefordert. Bei der Lagebewältigung wird angestrebt, interne Personalzuordnungen auf das erforderliche Minimum zu begrenzen. Daher wird die Berichtspflicht im Zusammenhang mit der Personalzuordnung für nicht erforderlich gehalten.

Geschäftsbereich

Finanzen, Investition und Controlling



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung a	m:	07.12.2022		 1	
Titel des Antrages:					
Prioritätensetzung bei Haushaltseckwerten					
	00 37				
			4.5		
Drucksache Nr.: 22/SVV/1114	TOP:	7.31	9/ * 4		

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Rechtlich ist der Antrag grundsätzlich möglich, widerspricht aber dem verfahrensrechtlichen Leitbild des §67

Der Antrag zielt darauf ab, dass in einem laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren Haushaltsmittel verschoben werden sollen. Dies greift in das laufende Haushaltsverfahren ein, noch bevor der vom Hauptverwaltungsbeamten festgestellte Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeindevertretung zugeleitet worden ist (vgl. §67 Abs. 2 S. 1 BbgKVerf).

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Im Haushaltsaufstellungsverfahren 2023/2024 sind für die Erstellung der Machbarkeitsstudie "Forum an der Plantage" bislang keine Mittel vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln, die bereits im Jahr 2022 mit 500.000 EUR als Aufwand im Produkt 5110610 Sanierungsgebiet Stadterweiterung Süd / Potsdamer Mitte bereit gestellt wurden.

Im Haushaltsaufstellungsverfahren 2023/2024 sind für die Erstellung des Rahmenplanes Stadtraum "Am Kanal" derzeit 450.000 € vorgesehen. Sie stehen bis zum Beschluss des Haushaltes 2023/2024 unter Haushaltsvorbehalt. Für den Stadtkanal wurden im Haushaltsjahr 2022 durch Änderungsantrag zur DS 21/SVV/1248 150.000 EUR für planerische Zwecke im Investitionsprogramm der LHP in die Maßnahme 46000013 aufgenommen.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Siehe Punkt 4.

4. Inhaltliche Einordnung

Der Antrag sieht vor, keine Mittel für Voruntersuchungen und Gutachten zur Errichtung des Stadtkanales oder eine Machbarkeitsstudie für das Garnisonkirchengrundstück im Haushalt 2023/24 einzustellen. Dies ist in der laufenden Haushaltsaufstellung für die Plantage auch nicht vorgesehen. Die Mittel wurden mit dem Haushalt 2022 (DS 21/SVV/1248) beschlossen. Dieser Punkt ist als erledigt anzusehen. Die Mittel für die Rahmenplanung Stadtraum "Am Kanal" sollen im Haushaltsaufstellungsverfahren 2023/24

nach fachlicher Einschätzung weiter berücksichtigt werden. Die Beratung und Beschlussfassung zur DS 22/SVV/0958 ist abzuwarten. Der Antrag sieht eine Verschiebung in die Bereiche Kultur, Jugendhilfe und Soziales vor. In der Begründung werden jedoch überwiegend freiwillige zusätzliche Beispiele benannt.

Datum/Unterschrift

Geschäftsbereich

Zentrale Verwaltung



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	41	07.12.2022	2	850	
Titel des Antrages:					
Sitzordnung im Plenarsaal					
Drucksache Nr.: 22/SVV/1146 TO	P:	Ö 7.34			

1. Rechtliche Einschätzung					
		¥			
		e		6) (46)	
	*		2:1		£
Berücksichtigung im Haus	shaltsplan	1 1 2 1 2			*
Im Doppelhaushalt 202. Tagungsräumen geplar	3/24 sind ke	ine Mittel zur	Anmietungen v	on weiteren	
				E 0 E	
			3 V .		
3. Zeitliche Umsetzbarkeit					
Nach Umzug an den Int	terimsstando	ort steht eine	Räumlichkeit zu	ır Verfügung.	
			8		
4. Inhaltliche Einordnung					
4. Inhaltliche Einordnung In den aktuell für Aussc Sitzordnung nicht im Si erforderlichen Größe st	nne des Antr	agstellers är	idern. Andere R		

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 07.12.2022
Titel des Antrages:
Kommunikationsoffensive für umweltfreundliche Mobilität
Drucksache Nr.: 22/SVV/1151 TOP: 7.35
Stellungnahme der Verwaltung
1. Rechtliche Einschätzung
Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
Die Umsetzung der Maßnahme war nicht Bestandteil der Haushaltsdiskussion. Es wurden dafür keine Mittel eingeplant.
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung
Ein "Neubürgerpaket" wurde bereits ab 2008 umgesetzt. Inzwischen ist das Projekt
ausgelaufen.

502.StnSVV 01.08.22

Datum/Unterschrift
Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Sitzung der Stadt	verordnetenversammlung	g am:	07.12.2	022		
Titel des Antrages:			8			94
Pop up Radwege i	n Potsdam			3. 80		
1					7	
9 <u>†</u>	100		- 1		7 2	
Drucksache Nr.:	22/SVV/1155	TOP:	7.36		25	
	¥.				W	19 9) (#05) 18
Stellungnahme	der Verwaltung	*			4 1	
1. Rechtliche Einsc	chätzung	,	U " =			
	chlussantrags ist eine behö			nach pflic	chtgemäßen Er	messen; keine
Entscheidungshoh	eit für die Stadtverordneter	nversammlu	ing.			
				*		
					200	
	**					
2. Berücksichtigung	g im Haushaltsplan			a		
Die Umsetzung	der Maßnahme war n	icht Resta	ndteil de	r Haush	altediskussid	n Es wurden
dafür keine Mitt		ioni Doola	inaton ac	n Haadii	anoaioitaooit	ni. Lo wardon
darar Komo Mitt	or origopiant.					
					12	284 17 19
•			1 200			
3. Zeitliche Umsetz	harkeit	1		1	51	
		zoitliahan	Dahman	nicht m	äaliob	
Eine Omsetzun	g ist im gewünschten z	zeitilchen	Kanmen	HICHL HI	oglich.	
						3k
						e
	#					tt
4. Inhaltliche Einore	dnung					
Es bestehen Pla	äne zur Umgestaltung	sowohl fü	r die He	inrich-Ma	ann-Allee als	auch den
Horstweg, die k	urz- bis mittelfristig um	ngesetzt w	erden s	ollen.		

502.StnSVV 01.08.22

Datum/Unterschrift Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Sitzung	der	Stadtverordnetenversammlung	am:

Titel des Antrages:

Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen

Drucksache Nr.: 22/SVV/1158 TOP: 7.37

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschatzung			
Bei der Bereitstellung wettkampffähiger Großsportp	olätze handelt es sic	h um eine	freiwillige Aufgabe.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Im Haushaltsplanentwurf 2023 sind für die Fortschreibung des Integrierten Sportflächenentwicklungskonzeptes (ISEP) durch Bereich 233 Familie, Freizeit und Sport Mittel vorgesehen.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Prüfung beider Standorte kann im Rahmen der ISEP-Fortschreibung im Jahr 2023/24 erfolgen.

4. Inhaltliche Einordnung

Die Prüfung von Standorten für zusätzliche Großsportplätze ist bereits im Zuge der Fortschreibung des Integrierten Sportflächenentwicklungskonzeptes (ISEP) durch Bereich 233 Familie, Freizeit und Sport in den Jahren 2023/2024 vorgesehen.

28.11.2022

Datum/Unterschrift

Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

502.StnSVV 01.08.22

Geschäftsbereich

Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung	g am:	07.12.2	2022	23	+ 3	
Titel des Antrages:						
Radschnellwegplanung in Potsdam vorantreil	ben					
		*				
B I I I I I I I I I I I I I I I I I I I	1 700	-				
Drucksache Nr.: 22/SVV/1159	TOP:	7.38				
					2.	
Stellungnahme der Verwaltung						-
Rechtliche Einschätzung			7 7 7			1720 1 27
Eine Untersuchung ist möglich und teilweise	bereits erfol	at.	Te o			
to onto out of the control of	2010110 01101	9				
				-		
			14			
		100				
0.5						¥ *
Berücksichtigung im Haushaltsplan		pr - 140				
Haushaltsmittel für eine konkretisierer	nde Planui	ng stehe	en nicht z	ur Verfüg	ung.	
	. 8					
			x .			
	V. 7					
	8	CE 00		6.0		
3. Zeitliche Umsetzbarkeit						
Eine Umsetzung ist teilweise erfolgt.				5.		25 184
	•					
			- v			
g 2 8 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4 4	1 5°					*
			12			
4. Inhaltliche Einordnung						
Eine erste Machbarkeitsuntersuchung	ist bereits	s erstellt	t, konkreti	sierende	Planun	gen zu
einzelnen Routen fehlen.	- 2' -					
			e e			

502.StnSVV 01.08.22

Datum/Unterschrift Oberbürgermeister / Geschäftsbereichsleitende/r

KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 34. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7. Dezember 2022

7	Anträge	
7.4	Brunnenbohrung und Gartenbewässerung 22/SVV/1089	Fraktion Freie Demokraten überweisen in KUM
7.5	Stadtplatz Ost ruhend stellen, Moratorium!	Fraktion Bürgerbündnis
		überweisen in SBWL, FA
7.11	Die Bearbeitung von "Klima-Anträgen" bündeln 22/SVV/1105	Fraktion CDU überweisen in KUM
7.12	Aktualisierung der Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Wohnblock Staudenhof	Fraktion DIE aNDERE
	22/SVV/1100	überweisen in SBWL, KUM, GSWI
7.20	Qualität von Volkspark und Lustgarten sichern und erhalten	Fraktion CDU
	22/SVV/1106	überweisen in KUM
7.26	Teilweise Aufhebung des Beschlusses 20/SVV/0425 vom 06. Mai 2020 - Faire Bezahlung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit Ea Fraktion Sozial.DIE
	22/SVV/1059	LINKE.Potsdam vom 06.12.2022 überweisen in HA
7.29	Satzung über die Aufhebung der Sanierungssatzung "Am Findling"	Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
	22/SVV/1063	überweisen in SBWL
7.33	Projektstruktur zur Durchführung der Machbarkeitsstudie für das Forum an der Plantage 22/SVV/1142	Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte überweisen in HA
7.34	Sitzordnung im Plenarsaal	Fraktion DIE aNDERE
	22/SVV/1146	überweisen in HA zur Erledigung
7.35	Kommunikationsoffensive für umweltfreundliche Mobilität	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
	22/SVV/1151	überweisen in KUM

7.36	Pop-Up-Radwege in Potsdam	Fraktionen Sozial.DIE LINKE.Potsdam und Bündnis 90/Die Grünen
	22/SVV/1155	überweisen in KUM
7.37	Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen	Fraktion CDU
	22/SVV/1158	überweisen in SBWL, B/Sp.
7.39	Finanzierung des Ausbaus der Tramlinie 96 zur Stadtbahn einschließlich der Erweiterung in den Potsdamer Norden	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
	22/SVV/1164	überweisen in FA
8	Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24	
8.1	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 1: Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1120	überweisen in FA, HA
8.2	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 2: Effiziente Geschäftsprozesse in der Stadtverwaltung	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1121	überweisen in FA, HA
8.3	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 3: Energie-Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1122	überweisen in FA, KUM
8.4	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 4: Gewinnausschüttung der Potsdamer Stadtwerke	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1123	überweisen in FA, HA
8.5	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 5: Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung (Parkeintritt)	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1124	überweisen in FA, HA, KUM
8.6	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 6: Spürbare Verbesserungen im Bürgerservice der Stadtverwaltung	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1125	überweisen in FA, OS, HA

8.7	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 7: Freiwillige Feuerwehren finanziell unterstützen	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV	
		22/SVV/1126	überweisen in FA, OS
8.8	8.8	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 8: Planung Ortsumgehungsstraße um Potsdam	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		22/SVV/1127	überweisen in FA, SBWL, KUM, OBR
	8.9	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 9: Erhalt und Schutz von Kleingärten in Potsdam	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		22/SVV/1128	überweisen in FA, SBWL
8.10	8.10	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 10: Radschnellwege-Konzept mit Schnellstrecke	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		Hauptbahnhof / Potsdam-West 22/SVV/1129	überweisen in FA, KUM, SBWL
	8.11	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 11: Energieleitplanung zur Heizenergie aus regenerativen Quellen	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		22/SVV/1130	überweisen in FA, KUM
	8.12	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 12: Inselbühne auf der Freundschaftsinsel erhalten und fördern	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		22/SVV/1131	überweisen in FA, KA
	8.13	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 13: Einrichtung eines fachübergreifenden Teams für Klimaschutz und Energiesicherheit	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		22/SVV/1132	überweisen in FA, KUM
	8.14	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 14: Dialog mit Schlösserstiftung: Nutzung des	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		Babelsberger Parks auch für Naherholung 22/SVV/1133	überweisen in FA, HA, JHA
8.15	8.15	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 15:	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft 22/SVV/1134	überweisen in FA, KUM, PTD	

8.16	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 16: Jugend- und Freizeitfläche am Nuthepark / Hauptbahnhof finanzieren	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1135	überweisen in FA, KUM, SBWL, JHA
8.17	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 17: Sporthalle zur Nutzung für Vereine und Gruppen (ohne Schulsport)	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1136	überweisen in FA, B/Sp., alle OBR
8.18	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 18: Freibad im Potsdamer Norden	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1137	überweisen in FA, B/Sp., alle OBR
	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 19:	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	"	überweisen in FA, SBWL, KUM, GSWI
8.20	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 20: Fahrradweg-Lückenschluss zwischen Satzkorn	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	und Marquardt 22/SVV/1139	überweisen in FA, KUM, SBWL, OBR Satzkorn und Marquardt
11	Mitteilungsvorlagen	
11.1	Klimabericht 2020	Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
	22/SVV/1096	überweisen in KUM
12	Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister	
12.1.1	Umsetzung Elektrifizierungsstrategie für die Busflotte der ViP	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
	22/SVV/1097	überweisen in KUM
12.2.1	Sachstand Stadtentwicklungskonzept Hochhäuser 22/SVV/1206	Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung überweisen in SBWL

12.10.1	Erweiterung Öffnungszeiten Bibliothek 22/SVV/1066	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport überweisen in B/Sp.
12.12.1	Fachgespräch zur Verbesserung der Bildungs- und Förderungsqualität an Potsdamer Schulen 22/SVV/1167	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport überweisen in B/Sp.
12.14.1	Bundesprogramm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur 22/SVV/1092	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport überweisen in B/Sp.
14	Nicht öffentliche Anträge	
14.2	Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den OBM (Korne)	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung und FB Recht und Vergabe
	22/SVV/1060	überweisen in HA

Tagesordnungspunkte der 34. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die zurückgestellt oder zurückgezogen sind bzw. die Erledigung festgestellt wird:

6	Wiedervorlagen aus den Ausschüssen - Ortsbeiräte	Anträge der Fraktionen /
6.1	Ortsumgehung OT Groß Glienicke 21/SVV/0265	Ortsbeirat Groß Glienicke zurückstellen – fehlt Votum KUM
6.2	Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche	Fraktion DIE LINKE
	21/SVV/1201	zurückstellen – fehlt Votum HA
6.4	Gemeinsamer Standort für die Potsdamer Tafel und Suppenküche	Fraktion SPD
	22/SVV/0361	Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.5	Stellenschaffung für eine gemeinsame sozialpädagogische Fachkraft für Potsdamer	Fraktion SPD
	Tafel und Suppenküche 22/SVV/0363	Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.6	Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz Potsdam	Fraktion SPD, DIE LINKE
	22/SVV/0367	Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.7	Ortsteilbeauftragte/r 22/SVV/0606	Fraktion DIE LINKE zurückstellen – fehlt Votum HA
6.8	Ausbaupotentiale des Fernwärmenetzes 22/SVV/0726	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ea Menzel Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.9	Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!	Fraktion DIE LINKE
	22/SVV/0737	zurückstellen – fehlen Voten FA, HA
6.11	Stadteilvertretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung	Fraktion CDU
	22/SVV/0742	zurückstellen – fehlen Voten PTD, HA

6.14	Transparenz der Tätigkeit von Beiräten	Fraktion DIE aNDERE und Stadtverordneter Andreas Menzel (BVB/FW)
	22/SVV/0792	zurückstellen – fehlen Voten PTD, HA
6.18	Strategische Steuerung durch SMARTe Ziele 22/SVV/0820	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückstellen – fehlt Votum FA
6.21	Bodenuntersuchungen am Campus Griebnitzsee	Fraktion DIE LINKE
	22/SVV/0834	Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.23	Konzeptvergabe für die Sellostraße 20 und 21	Fraktion DIE LINKE
	22/SVV/0838	zurückgezogen
6.25	Petition "Volkspark für alle erhalten" berücksichtigen	Fraktion CDU
	22/SVV/0840	Erledigung des Antrags wird festgestellt
6.26	Fassadengestaltung der Häuser der Studentenwohnanlage Breite- Seelenbinderstraße	Fraktion CDU
	22/SVV/0843	zurückstellen – fehlt Votum SBWL
6.27	Park- und Grünanlagenpflege dauerhaft sichern 22/SVV/0941	Fraktion CDU zurückstellen – fehlt Votum KUM
6.28	Ausreichend Mittel für Park- und Grünanlagenpflege einplanen	Fraktion CDU
	22/SVV/0942	zurückstellen – fehlt Votum KUM
6.31	Anschaffung von Dialogdisplays (Geschwindigkeitsanzeigen) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit	
	22/SVV/0992	KUM
6.34	Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien für Mieter:innen in Potsdam fördern 22/SVV/1014	Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam zurückstellen – fehlt Votum KUM

KONSENSLISTE zur Tagesordnung der 34. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7. Dezember 2022

7	Anträge	
7.4	Brunnenbohrung und Gartenbewässerung 22/SVV/1089	Fraktion Freie Demokraten überweisen in KUM
7.5	Verkaufs-Exposé Krampnitz – Nordgebäude Stadtplatz Ost ruhend stellen, Moratorium! 22/SVV/1051	Fraktion Bürgerbündnis
		überweisen in SBWL, FA
7.11	Die Bearbeitung von "Klima-Anträgen" bündeln 22/SVV/1105	Fraktion CDU überweisen in KUM
7.12	Aktualisierung der Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Wohnblock Staudenhof 22/SVV/1100	Fraktion DIE aNDERE
		überweisen in SBWL, KUM, GSWI
7.20	Qualität von Volkspark und Lustgarten sichern und erhalten 22/SVV/1106	Fraktion CDU
		überweisen in KUM
7.24	Abordnungen und nicht besetzte Stellen 22/SVV/1117	Fraktion DIE LINKE überweisen in HA
7.26	Teilweise Aufhebung des Beschlusses 20/SVV/0425 vom 06. Mai 2020 - Faire Bezahlung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit Ea Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam vom 06.12.2022
	22/SVV/1059	überweisen in HA
7.29	Satzung über die Aufhebung der Sanierungssatzung "Am Findling"	Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
	22/SVV/1063	überweisen in SBWL
7.33	Projektstruktur zur Durchführung der Machbarkeitsstudie für das Forum an der Plantage 22/SVV/1142	Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte überweisen in HA
7.34	Sitzordnung im Plenarsaal 22/SVV/1146	Fraktion DIE aNDERE überweisen in HA zur Erledigung

7.35	Kommunikationsoffensive für umweltfreundliche Mobilität	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
	22/SVV/1151	überweisen in KUM
7.36	Pop-Up-Radwege in Potsdam	Fraktionen Sozial.DIE LINKE.Potsdam und Bündnis 90/Die Grünen
	22/SVV/1155	überweisen in KUM
7.37	Prüfung der Einrichtung von wettkampffähigen Sportstätten in der LH Potsdam: Innenstadt und Babelsberg. Aufnahme des westlichen Viertels des Lustgartens in die Potentialflächen	Fraktion CDU
	22/SVV/1158	überweisen in SBWL, B/Sp.
7.39	Finanzierung des Ausbaus der Tramlinie 96 zur Stadtbahn einschließlich der Erweiterung in den Potsdamer Norden 22/SVV/1164	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur überweisen in FA
8	Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24	
8.1	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 1: Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1120	überweisen in FA, HA
8.2	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 2: Effiziente Geschäftsprozesse in der Stadtverwaltung	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1121	überweisen in FA, HA
8.3	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 3: Energie-Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1122	überweisen in FA, KUM
8.4	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 4: Gewinnausschüttung der Potsdamer Stadtwerke	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1123	überweisen in FA, HA
8.5	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 5: Keine finanzielle Beteiligung am Aufwand der Schlösserstiftung (Parkeintritt)	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1124	überweisen in FA, HA, KUM

8.6	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 6: Spürbare Verbesserungen im Bürgerservice der Stadtverwaltung	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1125	überweisen in FA, OS, HA
8.7	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 7: Freiwillige Feuerwehren finanziell unterstützen 22/SVV/1126	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, OS
8.8	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 8: Planung Ortsumgehungsstraße um Potsdam 22/SVV/1127	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, SBWL, KUM, OBR
8.9	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 9: Erhalt und Schutz von Kleingärten in Potsdam 22/SVV/1128	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, SBWL
8.10	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 10: Radschnellwege-Konzept mit Schnellstrecke Hauptbahnhof / Potsdam-West 22/SVV/1129	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, KUM, SBWL
8.11	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 11: Energieleitplanung zur Heizenergie aus regenerativen Quellen 22/SVV/1130	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, KUM
8.12	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 12: Inselbühne auf der Freundschaftsinsel erhalten und fördern	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
	22/SVV/1131	überweisen in FA, KA
8.13	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 13: Einrichtung eines fachübergreifenden Teams für Klimaschutz und Energiesicherheit 22/SVV/1132	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, KUM
8.14	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 14: Dialog mit Schlösserstiftung: Nutzung des Babelsberger Parks auch für Naherholung 22/SVV/1133	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, HA, JHA

8.15	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 15: Gemeinsame Baumpflege mit der Bürgerschaft 22/SVV/1134	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV überweisen in FA, KUM, PTD
8.16	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 16: Jugend- und Freizeitfläche am Nuthepark / Hauptbahnhof finanzieren 22/SVV/1135	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, KUM, SBWL, JHA
8.17	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 17: Sporthalle zur Nutzung für Vereine und Gruppen (ohne Schulsport) 22/SVV/1136	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, B/Sp., alle OBR
8.18	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 18: Freibad im Potsdamer Norden 22/SVV/1137	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, B/Sp., alle OBR
8.19	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 19: Wohnblock "Staudenhof" erhalten / sanieren 22/SVV/1138	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, SBWL, KUM, GSWI
8.20	Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" Nummer 20: Fahrradweg-Lückenschluss zwischen Satzkorn und Marquardt 22/SVV/1139	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
		überweisen in FA, KUM, SBWL, OBR Satzkorn und Marquardt
11	Mitteilungsvorlagen	
11.1	Klimabericht 2020	Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen überweisen in KUM
	22/SVV/1096	
12	Aufträge der Stadtverordnetenversammlung an den Oberbürgermeister	
12.1.1	Umsetzung Elektrifizierungsstrategie für die Busflotte der ViP	Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
	22/SVV/1097	überweisen in KUM

12.2.1	Sachstand Stadtentwicklungskonzept Hochhäuser 22/SVV/1206	Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung überweisen in SBWL
12.10.1	Erweiterung Öffnungszeiten Bibliothek	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
	22/SVV/1066	überweisen in B/Sp.
12.12.1	Fachgespräch zur Verbesserung der Bildungs- und Förderungsqualität an Potsdamer Schulen	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
	22/SVV/1167	überweisen in B/Sp.
12.14.1	Bundesprogramm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur	Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
	22/SVV/1092	überweisen in B/Sp.
14	Nicht öffentliche Anträge	
14.2	Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den OBM (Korne)	Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
	22/SVV/1060	und FB Recht und Vergabe überweisen in HA